

Die neue deutsche Außenpolitik: Verantwortung und Interessen

KOMMENTAR

VON
PROF. CONRAD SCHETTER
6. Februar 2014

Selten erlebte man ein so eindeutiges und vielstimmiges Bekenntnis für die Neuausrichtung einer deutschen Außenpolitik wie auf der Münchner Sicherheitskonferenz Ende Januar. Unisono stießen Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen in das gleiche Horn und unterstrichen, dass Deutschland mehr außenpolitische und damit auch militärische Verantwortung übernehmen müsse. Dies kam einer klaren Distanzierung von der Außenpolitik Guido Westerwelles in den letzten vier Jahren gleich, der stets eine „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ predigte.

Diese neue Ausrichtung kommt zu einem entscheidenden Zeitpunkt. Denn 2014 läuft das ca. 3.000 Soldaten umfassende Mandat der Bundeswehr für Afghanistan aus; ob und in welchem Umfang auch noch ab 2015 Soldaten am Hindukusch stationiert werden sollen, muss mit der afghanischen Regierung erst noch ausgehandelt werden. Die deutsche Bevölkerung sah die Auslandseinsätze der Bundeswehr stets mit großer Skepsis. Gerade Afghanistan, wo sich nach 13 Jahren Bundeswehreinsatz die Konfliktkonstellationen nicht gerade verbesserten, gilt als Beleg dafür, dass ein kostspieliges militärisches Engagement kaum dazu geeignet ist, einen stabilen Frieden zu schaffen. Zudem stehen die Äußerungen deutscher Spitzenpolitiker im Widerspruch zu einer allgemeinen Stimmung in Deutschland, die sich eher auf das Eigenheim konzentriert und sich für die Welt vor der Türschwelle nur dann interessiert, wenn dadurch Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden.

So bleibt die Frage, weshalb Gauck & Co einen so unpopulären Kurs einschlagen. Aus einer militär-ökonomischen Perspektive mag einer argumentieren, dass nun die militärischen Ressourcen die durch den (Teil-)Abzug aus Afghanistan frei werden, woanders eingesetzt werden müssen, um Umfang und Legitimation der Bundeswehr ja nicht in Frage zu stellen. Außenpolitiker werden dagegen argumentieren, dass Deutschland die Außenpolitik Europas nicht Frankreich überlassen darf, um dann hinterher von Paris in militärische Missionen wie in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik hineingezogen werden. Andere werden dagegen Angela Merkels betuliches Wort der „Ertüchtigung“ ins Feld führen, mit dem auch Rüstungsexporte und Waffenlieferungen an befreundete Drittstaaten legitimiert werden.

Diese unterschiedlichen Begründungen machen bereits deutlich, dass es in der Frage einer neuen deutschen Außenpolitik vor allem darum geht, sich der Dialektik von Verantwortung und Interesse zu stellen. Denn wenn sich deutsche Politiker einhellig dafür aussprechen, mehr globale Verantwortung zu tragen, so stellt sich zwingend die Frage, wofür sie sich denn eigentlich verantwortlich halten. Geht man davon aus, dass es vor allem das ist, wofür man

WEITERE INFORMATIONEN:
SUSANNE HEINKE
LEITERIN PRESSE- UND
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
Tel.: 0228/911 96-44
E-Mail: pr@bicc.de

sich wirklich interessiert, dann stellt sich die Frage nach der Interessendefinition; eine Frage, der die deutsche Politik immer nur allzu gern ausweicht. Nichtsdestotrotz könnte gerade der eindeutige Bezug zur Verantwortung zur maßgeblichen Grundlage avancieren, um die deutsche Politik zu bestimmen. So sollte Deutschland sein Primat der Verantwortung benennen. Denn es ist etwas anderes, ob man sich in erster Linie den internationalen Partnern (u. a. NATO, EU) gegenüber verantwortlich fühlt, für humanitäre Nothilfe, für die Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie, für die Sicherheit Deutschlands oder für das Wachstum der deutschen Wirtschaft. Hier gilt es, dass die Bundesregierung klar Stellung bezieht und nicht bei Lippenbekenntnissen und Interessenspagaten stehen bleibt.

Entscheidend ist zudem, dass die Bundesregierung aus den bisherigen Interventionen lernt. So fallen die Lehren aus den Interventionen der letzten zwanzig Jahre sehr ernüchternd aus. Wenn etwa – wie auch im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz – immer wieder Auslandseinsätze der Bundeswehr als mögliches Instrument genannt werden, wird deutlich, dass man sich die Einsätze der Bundeswehr bislang nicht genau angeschaut hat. Denn gerade in Postkonfliktländern, in denen sich personifiziert durch Kriegsfürsten, Milizen und private Sicherheitsfirmen das Zivile mit dem Militärischen vermischt, stellt die Bundeswehr ein fragliches Instrument der Interventionspolitik dar. So geht es in Postkonfliktländern eher darum, innere Sicherheit aufzubauen, die Verbindung von Exekutive und Justiz herzustellen, Vertrauen der Bevölkerung in den Sicherheitsapparat zu schaffen etc. – kurzum, alles Aufgaben, für die etwa ein Polizist weit besser ausgebildet ist als ein Soldat.

Wenn daher über eine außenpolitische Verantwortung gesprochen wird, sollte die Bundesregierung zunächst einmal überlegen, welche Mittel sich für welches Ziel anbieten. Das Postulat einer außenpolitischen Verantwortung sollte daher auf keinen Fall als Freifahrtschein dafür dienen, Bundeswehreinätze weltweit zu legitimieren oder nun eine europäische Armee aufzubauen. Denn die Expertise des Militärs konzentriert sich auf das Führen konventioneller Kriege, nicht aber auf die Beendigung von Bürgerkriegen. Daher wäre ein erster zentraler Schritt für das Ernstnehmen außenpolitischer Verantwortung, Polizeieinheiten auf Bundes- oder europäischer Ebene zu schaffen, die auf die notwendigen Maßnahmen in einer Postkonfliktsituation vorbereitet werden. Hierzu gehören etwa das Training von Polizisten, die Entwaffnung von Milizen oder die sichere Lagerung von Waffen.

Eine „verantwortliche“ außenpolitische Verantwortung bedeutet daher weit mehr als das bloße Bekenntnis, sich finanziell und militärisch stärker an Interventionen zu beteiligen, sondern ist weit unbequemer. Denn es bedarf der Frage der Interessendefinition ebenso wie der Frage, welche Mittel überhaupt sinnvoll sind, um in einer Intervention etwas zu erreichen. Hier sollten zunächst in einer selbstkritischen Weise die Lehren z. B. aus Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kongo, Somalia, Afghanistan und Südsudan gezogen werden, bevor man sich in neue Interventionen begibt.